

Kai Eicker-Wolf

Kapitalflucht aus der zu teuren und vergreisenden Basarökonomie?

Anmerkungen zur Diskussion um grenzüberschreitende Investitionen und den demografischen Wandel

Schenkt man den Argumenten der Arbeitgeber glauben, dann leidet Deutschland unter viel zu hohen Arbeitskosten und zu hohen Unternehmenssteuern. Als Beleg dafür wird in der Regel auf die angeblich massenhafte Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verwiesen. Um zu verhindern, dass immer mehr Unternehmen aus Deutschland abwandern, seien Lohnkürzungen und sinkende Gewinnsteuern unausweichlich. Neben den Lohnkosten stehen auch die so genannten Lohnnebenkosten im Kreuzfeuer der Kritik. Diese seien, so die Sicht des Arbeitgeberlagers, ebenfalls zu hoch und behinderten die Investitionstätigkeit. Zudem mache der demografische Wandel die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme im gegenwärtigen Umfang endgültig unmöglich.

Der vorliegende Beitrag setzt sich zunächst mit der Bedeutung und den ökonomischen Folgen von Auslandsinvestitionen auseinander. Daran anschließend werden die Auswirkungen der prognostizierten demografischen Veränderungen beleuchtet. Dabei wird sich zeigen, dass Deutschland bei genauer Betrachtung weder durch die grenzüberschreitenden Investitionen gefährdet ist noch dass eine mögliche Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten zu Wohlstandseinbußen führen wird.

1. Die Auswirkungen von Auslandsinvestitionen auf Produktion und Beschäftigung

1.1 Auslandsinvestitionen und Arbeitsplatzverlagerungen

In diesem Kapitel steht die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen grenzüberschreitende Investitionen von Unternehmen auf Produktion und Beschäftigung haben. Bevor wir uns im Abschnitt 1.2 mit der so genannten „Basarökonomie-These“ befassen, soll es hier vor allem um die Frage der Arbeitsplatzverlagerung und dadurch drohende Arbeitsplatzverluste gehen.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Ankündigung bzw. der Drohung zahlreicher Unternehmen, ihre Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern und hiesige Produktionsstandorte zu schließen, wird die hohe Massenarbeitslosigkeit von vielen Politikern, Unternehmen, Ökonomen und nicht zuletzt der Mehrheit der Medien auf unattraktive Standortbedingungen in Deutschland zurückgeführt. Zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten, ein zu hoch regulierter Arbeitsmarkt sowie eine zu hohe Steuerlast führten – so die vielfach zu hö-

rende These – dazu, dass deutsche Unternehmen Beschäftigung nur noch im Ausland schaffen würden und die Arbeitslosigkeit in Deutschland deshalb steige.

Weltweit ist zu beobachten, dass sich die von Unternehmen getätigten so genannten Ausländischen Direktinvestitionen (im folgenden kurz ADI) seit Mitte der 1980er Jahre ständig erhöht haben. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist dabei ein drastischer Anstieg zu beobachten, der seinen Höhepunkt im Jahr 2000 erreicht hat – danach sind die ADI wieder rückläufig (vgl. dazu UNCTAD 2004: 3). Der Anteil von ADI am gesamten weltweiten Investitionsvolumen beläuft sich für die Periode 1990-2003 auf 8 Prozent, d.h. der überwiegende Teil des Investitionsvolumens – nämlich 92 Prozent – wird im jeweiligen Land getätigt. In den so genannten Entwicklungsländern und den osteuropäischen Ländern liegt der ADI-Anteil an den gesamten Investitionen etwas höher als in den entwickelten Ländern, aber auch in den zuerst genannten Ländergruppen erfolgt der überwiegende Teil der Investitionen durch im Inland ansässige Unternehmen (vgl. ebd.: 3f.).

Deutschland weist seit 1980 einen im Trend gestiegenen negativen Saldo bei den Direktinvestitionen auf, und auch hier ist seit Mitte der 1990er Jahre ein Anstieg der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit zu beobachten (vgl. Sachverständigenrat 2004: 485f.). Viele Unternehmen haben zudem in der jüngsten Vergangenheit angekündigt, ihr Auslandsengagement zu erhöhen. Trotz dieser Entwicklung ist das pauschale Argument zurückzuweisen, die Ursachen hierfür lägen in angeblich schlechten Standortbedingungen.

Für Auslandsinvestitionen lassen sich verschiedene Motive nennen wie z.B. die Erschließung eines Auslandsmarktes oder die Expansion dorthin, niedrigere Produktionskosten oder Steuervorteile, Vermeidung von Wechselkursrisiken und die Ausnutzung von Agglomerationsvorteilen (bezogen auf Technologie, Infrastruktur, Arbeitskräfte usw.).

In Hinblick auf die Frage, welches dieser Motive das dominierende ist, geben zum einen die sektorale Aufteilung der ADI sowie zum anderen die jeweiligen Zielländer wesentliche Hinweise. Wird die sektorale Gliederung des Unternehmensvermögens im Ausland in den Jahren 1990 und 2002 betrachtet, dann fällt die deutliche Zunahme des tertiären Sektors (Dienstleistung) und der Rückgang des sekundären (produzierenden) Sektors auf. Tabelle 1 verdeutlicht, dass der überwiegende Teil der weltweiten Direktinvestitionen auf den tertiären Sektor entfällt – die UNCTAD nennt einen Wert von ungefähr zwei Dritteln. Da die meisten Dienstleistungen nicht handelbar sind und sie einen direkten Kontakt zwischen Käufer und Verkäufer voraussetzen, spielen für den Großteil der ADI im tertiären Sektor Kostenmotive keine Rolle, sondern sie dienen ganz überwiegend der Produktion direkt am Markt. Auch die deutschen Direktinvestitionen entfallen zum größten Teil auf den Bereich der Dienstleistungen (vgl. Sachverständigenrat 2004: 507).

Tabelle 1

Sektorale Aufteilung des weltweiten Bestandes an Ausländischen Direktinvestitionen 1990 und 2002

Jahr	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1990	9 %	42 %	49 %
2002	6 %	34 %	60 %

Quelle: UNCTAD (2004: 30)

Daneben legt die Betrachtung der Zielländer von ADI den Schluss nahe, dass das Motiv der Marktnähe dominiert: Unternehmen wollen insbesondere aus Gründen der Markterschließung und -sicherung an großen und wachsenden Märkten präsent sein. Der Hauptteil der grenzüberschreitenden Investitionen fließt nicht etwa nach Südostasien, Osteuropa oder generell in weniger entwickelte Länder, sondern in die Industrieländer. Deutsche Firmen investieren vor allem in den USA und in der EU: auf diese entfielen im Jahr 2000 34,3 bzw. 37,9 Prozent des deutschen Kapitalbestandes im Ausland. Der Anteil der mittel- und osteuropäischen Länder, die im Mittelpunkt der deutschen „Abwanderungsdebatte“ stehen, beträgt hingegen lediglich 4,5 Prozent (vgl. DIW-Wochenbericht 42/2004: 624).

Insgesamt zielt der Großteil von Investitionen im Ausland auf den dortigen Absatzmarkt.¹ Damit soll natürlich nicht bestritten werden, dass Unternehmen auch auf Basis von Produktionskostenvergleichen grenzüberschreitende Investitionen vornehmen. Für das Verarbeitende Gewerbe kommen Kinkel et al. (2002) im Rahmen ihrer Erhebung zu dem Ergebnis, dass sich Unternehmen in Bezug auf den Aufbau von Produktionskapazitäten im Ausland in gleichem Umfang an den Kosten von Produktionsfaktoren und den Chancen der Markterschließung orientieren. Aber selbst dann, wenn ein Unternehmen aus Kostengründen Teile seiner Produktion ins Ausland verlagert, muss dies per Saldo nicht unbedingt Arbeitsplätze im Inland kosten. Denn wenn ein Teil der Produktion im Ausland erfolgt, kann dies durch Kostenreduktion die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Unternehmens steigern und so zu einer Beschäftigungsexpansion des Unternehmens auch im Ursprungsland führen. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, dass viele Unternehmen mit ihren Produktionsverlagerungen offensichtlich keine guten Erfahrungen machen: Nach Kinkel et al. (2002: 8ff.) verlagert ein nicht unbeträchtlicher Teil der Betriebe ihre Produktion zurück ins Ursprungsland.²

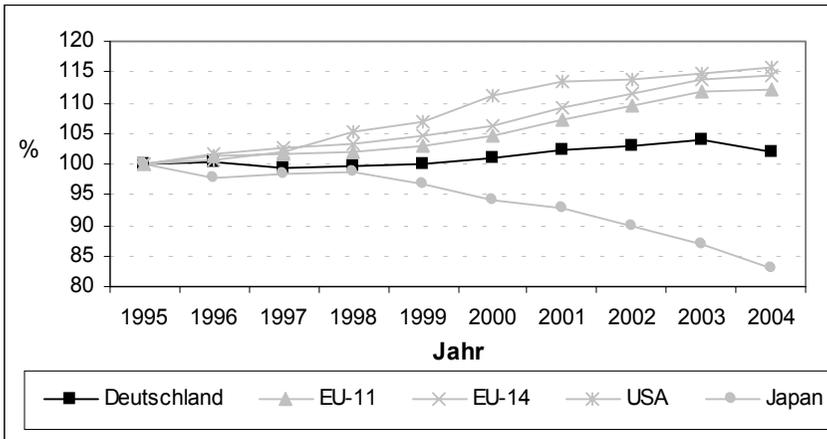
Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang auf die ausgezeichnete preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hinzuweisen, und dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Lohnkosten. Die nominalen Lohnstückkosten – die ent-

¹ So auch der Sachverständigenrat (2004: 487).

² Vgl. dazu auch Schulz (2004).

scheidende Größe für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, in der auch die Produktivitätsentwicklung und die Lohnnebenkosten Berücksichtigung finden – sind in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre unterdurchschnittlich gestiegen (vgl. Schaubild 1).³ Die hohe Wettbewerbsfähigkeit kommt nicht zuletzt in dem rapiden Anstieg des deutschen Überschusses im Handel mit Waren und Dienstleistungen in den letzten drei Jahren zum Ausdruck (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 1: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich 1995-2004

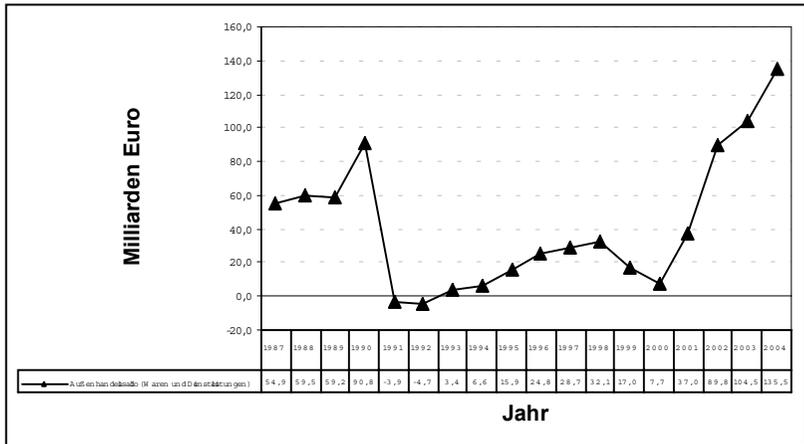


Quelle: Europäische Kommission

³

Die langfristige Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten im internationalen Vergleich von 1973 bis 1997 ist vom *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) untersucht worden; dabei wurde ein Wettbewerbsvorteil für die Bundesrepublik festgestellt (vgl. DIW-Wochenbericht 30/1997).

Schaubild 2: Außenhandelssaldo (Waren und Dienstleistung) Deutschlands 1987-2004



Quelle: OECD

Häufig werden grenzüberschreitende Aktivitäten von Unternehmen auch mit angeblich zu hohen Unternehmenssteuern in Verbindung gebracht: Vor allem nach der EU-Osterweiterung würden Produktionsstätten nach Osteuropa verlagert, da Unternehmen dort wesentlich moderater besteuert würden. Insgesamt existiere in der EU ein intensiver Unternehmenssteuerwettbewerb, der alle Länder zur Senkung der Unternehmenssteuersätze zwingt.

Tatsächlich liegen die effektiven Steuersätze in den osteuropäischen Beitrittsländern unter denen der alten EU-15-Länder (vgl. Schratzenstaller 2004a und b). Allerdings muss bedacht werden, dass die niedrigeren Steuersätze in Osteuropa dazu dienen, das dort auf wesentlich niedrigerem Niveau vorhandene Angebot an staatlich bereitgestellter Infrastruktur und anderen öffentlichen Leistungen auszugleichen. Sollten die osteuropäischen Länder ihre Unternehmenssteuern weiter senken, sind in erster Linie deren Standorte und nicht die der EU-15 gefährdet: Es besteht die Gefahr, dass aufgrund zu geringer Steuereinnahmen dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen und ähnliche wachstumsrelevante Ausgaben nicht getätigt werden können.

Grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen ist, dass in der EU tatsächlich ein Unternehmenssteuerwettbewerb existiert. Allerdings wird dieser vor allem über die nominale Höhe der Steuersätze geführt: Steuersatzsenkungen werden oft durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ausgeglichen. Von einem dramatischen Bedeutungsverlust der Unternehmenssteuern kann daher keine Rede sein (vgl. ebd.). Im Übrigen spielen Steuern in Bezug auf Standortentscheidungen keine herausragende Rolle (vgl. Kinkel et al. 2002: 12).

Damit kommen wir zur Frage, ob in Anbetracht der vorausgehenden Ausführungen der Verlust von Arbeitsplätzen durch ADI überhaupt quantifizierbar ist. Weil etwa Dienstleistungen in der Regel nicht exportiert werden können, gehen Investitionen im Ausland, die auf den tertiären Sektor entfallen, meist nicht mit Arbeitsplatzverlusten einher. Generell gilt, dass ADI, die der Markterschließung und der Expansion im Ausland dienen, nicht als Stellenabbau im Ursprungsland „verbucht“ werden dürfen. Und selbst dann, wenn Unternehmen aus Kostengründen grenzüberschreitend investieren und Arbeitsplätze verlagern, muss dies aus den genannten Gründen nicht unbedingt mit einem Beschäftigungsabbau einhergehen.

Solide empirische Arbeiten zum Verlust von Arbeitsplätzen durch ADI sind deshalb auch nicht zu finden. Die in der öffentlichen Debatte genannten und oftmals sehr hohen Zahlen haben den Charakter von Phantasieprodukten und dienen einzig dazu, ein Klima der Einschüchterung zu erzeugen und die abhängig Beschäftigten unter Druck zu setzen.

1.2 Die „Basarökonomie“-These

Eng verknüpft mit Auslandsinvestitionen ist die These von der „Basarökonomie“, die insbesondere mit dem Namen Hans-Werner Sinn verbunden ist. Nach Auffassung von Sinn (vgl. Sinn 2004: 71ff.) erzwingen zu hohe Löhne in Deutschland eine Verlagerung in Niedriglohnländer. Ein immer höherer Teil der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes erfolge im Ausland. Überspitzt formuliert Sinn dies so:

„Immer mehr Teile und Aggregate, die in deutsche Industrieprodukte eingebaut werden, kommen von Billiganbietern, die man sich irgendwo auf der Welt zusammensucht. Die Fertigungstiefe, der eigene Wertschöpfungsanteil an den Endprodukten, die die Werktoore passieren, schrumpft auf diese Weise fortwährend, ohne dass die Käufer davon wissen. Das ist es, was mit dem Bild der Basar-Ökonomie gemeint ist.“ (Sinn 2004: 73)

Mit der These von der Basarökonomie soll in Abrede gestellt werden, dass deutsche Exporterfolge – diese sind etwa im hohen Anteil Deutschlands am Welthandel und einen im Trend steigenden Außenhandelsüberschuss ablesbar – als Indikator für hohe Wettbewerbsfähigkeit gelten können. Vielmehr bestünde ein wachsender und mittlerweile wesentlicher Anteil der deutschen Exporte aus lediglich importierten Vorleistungen.

Tatsächlich stimmt an der Basarökonomie-These, dass sich der ausländische Wertschöpfungsanteil an den Exporten erhöht hat, und zwar auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene von 26,7 Prozent im Jahr 1991 auf 38,8 Prozent 2002 (vgl. Sachverständigenrat 2004: 476) bzw. im Verarbeitenden Gewerbe von 26,7 Prozent (1991) auf 38,1 Prozent (2000) (vgl. ebd.: 477). Allerdings lässt sich auf Basis einer Input-Output-Analyse für das Verarbeitende Gewerbe eben auch zeigen, dass sich der ebenfalls gestiegene Export positiv auf die Wertschöpfung in Deutschland ausgewirkt hat. Erklärt werden kann dieser Befund dadurch, dass das Verarbeitende Gewerbe die Vorteile einer verstärk-

ten internationalen Arbeitsteilung konsequent ausgenutzt und durch die Verlagerung von Teilen der Vorproduktion die internationale Wettbewerbsfähigkeit so gesteigert hat, dass hierdurch per Saldo ein Beschäftigungsgewinn zu verzeichnen ist (vgl. ebd.: 477 ff.).⁴

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass der Strukturwandel in allen entwickelten Volkswirtschaften zur Abnahme der Wertschöpfung im sekundären Sektor geführt hat und weiter führen wird, während der Wertschöpfungsanteil des tertiären Sektors steigt. Vor diesem Hintergrund sollte nicht nur das Verarbeitende Gewerbe, sondern auch der tertiäre Bereich im Rahmen der hier aufgeworfenen Frage nach der Haltbarkeit der Basarökonomie-These Berücksichtigung finden. Der reale Außenbeitrag, der den realen Export dem Import von Waren und Dienstleistungen gegenüberstellt, kann dann als Prüfkriterium für die Basarökonomie-These dienen, schließlich beinhalten die Importe auch alle Vorleistungsimporte. Da der reale Außenbeitrag seit 1990 nur in drei Quartalen keinen positiven Wert aufwies, und bei Bereinigung um zyklische Schwankungen ein positiver Trend feststellbar ist, ist die Behauptung nicht haltbar, Deutschland sei auf dem Weg in die Basarökonomie: Die Wertschöpfung in der Bundesrepublik ist seit Anfang der 1990er Jahre aufgrund des Außenhandels gestiegen (vgl. DIW-Wochenbericht 40/2004).

2. Demografie und Demagogie – der demografische Wandel und seine wirtschaftlichen Auswirkungen

2.1 Zum Sinn und Unsinn von Langfristprognosen

Damit kommen wir zur Frage, ob der prognostizierte demografische Wandel in Form einer steigenden Zahl älterer Menschen und einer sinkenden Zahl der Gesamtbevölkerung schwerwiegende wirtschaftliche Folgen und fatale Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme hat.

Vor jeder inhaltlichen Überlegung ist zunächst einmal die extrem unsichere statistische Basis aller Demografie-Debatten zur Kenntnis zu nehmen. Aussagen über die Zukunft sind immer mit großen Unsicherheiten behaftet. Szenarien mittlerer Reichweite von 10 bis 15 Jahren können geeignet sein, in gewissen Grenzen wirtschaftspolitische Anforderungen abzuleiten.⁵ Ein längerer Zeithorizont von bis zu 50 Jahren kann aber kaum als handlungsrelevant angesehen werden. Implizit lässt sich dies auch dem Bericht zur 10. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 entnehmen, dort steht einleitend:

„Bevölkerungsvorausberechnungen sollen aufzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln würden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger vorherzusehen ist, haben solche lang-

⁴ Vgl. dazu auch DIW-Wochenbericht 50/2004

⁵ Ein Beispiel ist der Anstieg der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren, der sich auf Basis der aktuellen Schülerzahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit prognostizieren lässt.

fristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind bei einem Vorausberechnungszeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, welche die Zukunft vorhersagen, sondern schreiben eine Entwicklung unter bestimmten Annahmen fort.“ (Sommer 2003: 693)

Bosbach bezeichnet denn auch Langfristprognosen von bis zu 50 Jahren zu Recht als „moderne Kaffeesatzleserei“ (Bosbach 2004: 98). Dass diese Einschätzung zutrifft, zeigt sich, wenn die Prognosen früherer Bevölkerungsvoraussetzungen mit den tatsächlichen Bevölkerungszahlen verglichen werden. So nahmen etwa Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes Mitte der 1970er Jahre an, dass in Westdeutschland im Jahr 2000 zwischen 49 und 52 Millionen Menschen leben würden – tatsächlichen waren es 67 Millionen. Die Gründe für den Prognosefehler sind: Der Rückgang der Geburtenraten wurde über- und die Lebenserwartung unterschätzt, außerdem konnte das politische Ereignis des DDR-Beitritts mit seinen demografischen Auswirkungen natürlich nicht vorhergesagt werden.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Modellannahmen von Bevölkerungsvorausberechnungen keine fixen Größen bedeuten, sondern politisch gestaltbar sind. Die drei wesentlichen Annahmen der 10. Bevölkerungsvorausberechnung lauten:

- Konstante Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis 2050 (in Ostdeutschland erst ab 2011).
- Zunahme der Lebenserwartung, wobei hier drei verschiedene Varianten unterschieden werden.
- Nettozuwanderung nach Deutschland, hier werden ebenfalls drei unterschiedliche Versionen durchgerechnet.

Insgesamt ergeben sich so neun Szenarien, wobei in der Öffentlichkeit in der Regel über die fünfte, die so genannte mittlere Variante diskutiert wird. Dieser liegen die folgenden Annahmen zugrunde: Die Lebenserwartung von Neugeborenen wird im Jahre 2050 ungefähr 6 Jahre über der aktuellen Lebenserwartung liegen, und der Wanderungsüberschuss beläuft sich auf 200.000 Personen pro Jahr. Die Bevölkerungszahl wird sich aufgrund dieser Annahmen zunächst noch leicht erhöhen und ab 2013 sinken, 2024 den aktuellen Stand unterschreiten und dann auf 75,1 Millionen Menschen im Jahr 2050 fallen. Damit verbunden ist eine Abnahme der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren (vgl. Tabelle 2).

⁶ Vgl. zu diesem Beispiel Schmucker (2004: 120).

Tabelle 2: Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) 2002-2020¹

Jahr					
2002	2010	2020	2030	2040	2050
Gesamtbevölkerungszahl (in Tsd.)					
82.522	83.066	82.822	81.220	78.539	75.117
Personen im Erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahr, in Tsd.)					
55.691	55.220	53.902	49.423	46.436	44.018
Personen im Erwerbsfähigen Alter in Prozent der Gesamtbevölkerung					
67,5	66,5	65,1	60,9	59,1	58,6

¹ gemäß der fünften (mittleren) Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt, z.T. eigene Berechnungen

Der politischen Gestaltbarkeit unterliegen von den aufgezählten Annahmen zum einen die Kinderzahl und der Wanderüberschuss (vgl. Bosbach 98 f.). Ist etwa eine höhere Geburtenrate erwünscht, so ist hier eine kinder- und familienfreundliche Politik gefordert.

2.2 Demografischer Wandel ist gesamtwirtschaftlich kein Problem

Selbst wenn die Bevölkerungsvorausberechnungen trotz der voranstehend genannten Bedenken als Diskussionsgrundlage akzeptiert werden, ist vor Dramatisierungen zu warnen. Richtig ist zunächst einmal, dass der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung aufgrund einer steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen ist. Geht man davon aus, dass eine ähnliche Entwicklung auch in den nächsten Jahrzehnten anhalten wird, dann werden auf 100 Menschen mittleren Alters (Personen im Alter zwischen 15 und 65) etwa 51 statt heute 26 Ältere (Personen im Alter ab 65 Jahren) kommen. Allerdings sind ältere Menschen nicht die einzigen, die auf die gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, denn auch Kinder und Jugendliche müssen von der Gesellschaft versorgt werden. Eine seriöse Analyse der demografischen Entwicklung muss auch diese Menschen als gesellschaftliche „Belastungsfaktoren“ einbeziehen. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen (Personen im Alter bis 15 Jahren) von heute 22 pro 100 Menschen mittleren Alters bis 2050 auf 20 sinkt (so genannter Jugendquotient). Berücksichtigt man diese Werte, so relativieren sich die obigen Zahlen: Auf 100 Menschen mittleren Alters kommen im Jahr 2050 zwar 71 zu

7

Das Statistische Bundesamt rechnet mit anderen Altersspannen: Der Jugendquotient umfasst alle unter 20 und der Altenquotient alle ab 60 Jahre.

versorgende ältere und jüngere Menschen, heute sind es allerdings auch schon 48 (vgl. auch Tabelle 3). Die Zahl der zu versorgenden Personen – ältere und junge – wächst also bei Weitem nicht so schnell, wie dies suggeriert wird, wenn ausschließlich die Versorgungslasten für ältere Menschen zu Grunde gelegt werden.

Tabelle 3: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient von 2001 bis 2050¹

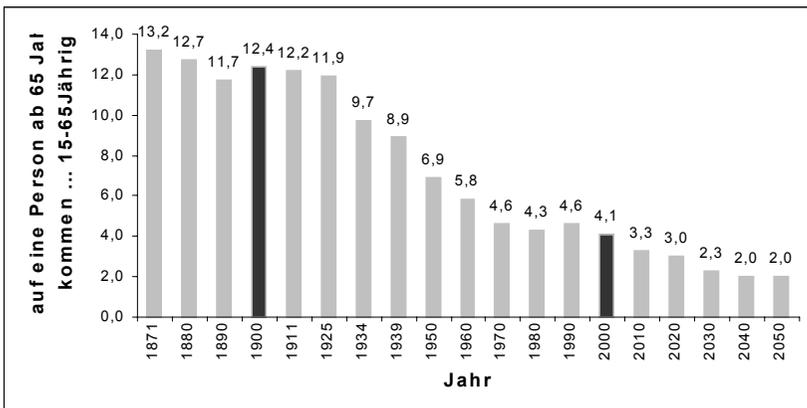
Jahr	2002	2010	2020	2030	2040	2050
Jugendquotient (0 bis 15 Jahre)	22,3	20,4	19,9	20,6	22,1	20,1
Altenquotient (ab 65 Jahre)	25,9	30,0	33,8	43,7	49,1	50,5
Gesamtquotient (von 0 bis 15 und über 65 Jahre)	48,2	50,4	53,7	64,3	71,7	70,6

¹ Junge (0 bis 15 Jahre) und Alte (ab 65 Jahre) pro 100 Menschen im mittleren Alter (15 bis 65 Jahre) gemäß der mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

Quelle: eigene Berechnungen

Vergleicht man die derzeit prognostizierte Verschiebung der Bevölkerungsstruktur mit dem demografischen Wandel, der in den vergangenen 100 Jahren schon stattgefunden hat, so relativieren sich die prognostizierten demografischen Veränderungen ein weiteres Mal, da der einschneidende demografische Wandel längst hinter uns liegt.

Schaubild 3: Alterung in Deutschland 1871-2050¹



¹ Der im Schaubild 1 abgebildete Wert entspricht (ab 2010) dem Kehrwert des Altenquotienten in Tabelle 3

Quelle: ver.di (2003: 8)

Schon in den letzten 100 Jahren hat die Zahl der Personen mittleren Alters im Verhältnis zur Zahl der über 65-Jährigen gravierend abgenommen (vgl. dazu ver.di 2003: 8). Kamen im Jahr 1900 noch 12,4 Personen zwischen 15 und 65 Jahre auf eine Person ab 65, so waren es 1950 nur noch 6,9. Im Jahr 2000 waren es nur noch 4,1. Die prognostizierte weitere Abnahme auf einen Wert von 2,0 in den nächsten 50 Jahren nimmt sich dagegen vergleichsweise gering aus (vgl. Schaubild 3).

Diese enormen demografischen Verschiebungen wurden in der Vergangenheit durch Produktivitätssteigerungen problemlos aufgefangen. Breite Bevölkerungsschichten konnten von wachsendem Wohlstand profitieren und ihre Arbeitszeiten sogar deutlich reduzieren, obwohl die Zahl der älteren Menschen zugleich stark angestiegen war. Glaubt man den gängigen Demografie-Argumenten, so hätte der Kollaps der Sozialversicherungssysteme schon längst stattfinden müssen. Der Blick zurück zeigt aber, dass dem nicht so war, weil die beständige Erhöhung der Produktivität den Versorgungsaufwand für eine steigende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern mehr als wettmachte.

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass sich diese Entwicklung in Zukunft nicht in ähnlicher Weise fortsetzen wird. Selbst diejenigen, die die zukünftige demografische Entwicklung in der Bundesrepublik für ein Problem halten, gehen selbstverständlich davon aus, dass die Arbeitsproduktivität (Erwerbstätigenproduktivität) bis zum Jahr 2050 steigt. So kalkuliert die Herzog-Kommission mit einer Jahreswachstumsrate von bescheidenen 1,25 Prozent, dies würde für den Zeitraum 2002 bis 2050 zu einer Gesamtsteigerung der Erwerbstätigenproduktivität von 82 Prozent führen. Die Rürup-Kommission unterstellt eine Wachstumsrate in Höhe von 1,8 Prozent, was für den gleichen Zeitraum einem kumulierten Anstieg von 135 Prozent entspricht. Eine solche Produktivitätssteigerung ermöglicht mithin einen Anstieg des Lebensstandards, selbst wenn der Altenanteil steigt.

Zudem könnte das zukünftige Sozialprodukt durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und durch eine Erhöhung der Erwerbsquote vergrößert werden. Dabei sollte insbesondere darauf abgezielt werden, eine Steigerung der Erwerbsquote von Frauen zu erreichen: Während von 100 Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren nur rund 64 Prozent arbeiten oder Arbeit suchen, sind dies in der männlichen Altersgruppe ungefähr 79 Prozent.

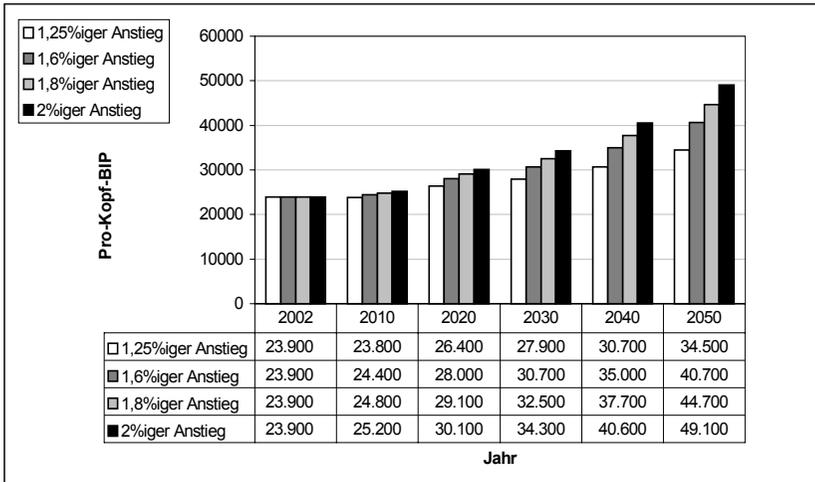
Zwei Beispielrechnungen sollen die voranstehenden Überlegungen verdeutlichen. Als Ausgangsbasis werden dabei die Daten für Deutschland im Jahr 2002 gewählt. Ausgehend von einer Erwerbstätigenproduktivität in Höhe von 51.400 Euro (real, in Werten von 1995) und einem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Höhe von 23.900 Euro im Jahr 2002 lässt sich auf Grundlage von verschiedenen Annahmen in Bezug auf den Anstieg der Produktivität die Erhöhung des BIP pro Kopf in den Jahren bis 2050 ermitteln. Hier sollen konkret pro Beispiel jeweils vier Szenarien durchgerechnet werden. Für den ersten Fall wollen wir die vergleichsweise schwache Zunahme der Erwerbstätigenproduktivität der Herzog-Kommission in Höhe von nur

1,25 Prozent annehmen (vgl. Kommission „Soziale Sicherheit“ 2003). Im zweiten Beispiel wird unterstellt, dass die Erwerbstätigenproduktivität durchschnittlich um 1,6 Prozent steigt, dies entspricht dem vergleichsweise schwachen Anstieg in Deutschland in den 1990er Jahren. Der dritte Fall geht entsprechend dem Gutachten der Rürup-Kommission von einer Produktivitätszunahme in Höhe von 1,8 Prozent aus (vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2003). Als viertes schließlich wird ein noch optimistischeres Szenario mit einer Produktivitätssteigerung von zwei Prozent unterstellt. Dass auch die letzte Annahme nicht vollkommen unrealistisch ist, zeigt das Beispiel Großbritannien: Der Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität lag hier in den 1990er Jahren im Durchschnitt bei 2,2 Prozent.

Wir wollen im ersten Beispiel zunächst von einer ungünstigen Entwicklung ausgehen und unterstellen⁸, dass Deutschland ab 2010 eine Erwerbsquote von nur 70 Prozent aufweist – dies würde eine leicht sinkende Erwerbsquote unterstellen –, und zehn Prozent der Personen, die arbeiten möchten, erwerbslos sind. Die Steigerung der Erwerbstätigenproduktivität führt je nach unterstellter Wachstumsrate der Produktivität zu der in Schaubild 5 dargestellten Erhöhung des BIP pro Kopf. Selbst im Falle einer vergleichsweise schwachen Zunahme der Produktivität von 1,25 Prozent steigt das Sozialprodukt pro Kopf bis 2050 um 44 Prozent, und bei einem Anstieg von 1,6 Prozent erhöht sich das Pro-Kopf-BIP bis 2050 von 23.900 Euro auf 40.700 Euro (+ 70 Prozent). Nimmt die Produktivität um 1,8 Prozent zu, beläuft sich die Höhe des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner in Deutschland im Jahr 2050 sogar auf 44.700 Euro (+ 87 Prozent). Und im Falle des optimistischen Szenarios mit einem zweiprozentigen Produktivitätsanstieg steigt das BIP pro Kopf mit einem Wert von 49.100 Euro sogar auf den zweifachen Ausgangswert (+ 105 Prozent).

⁸ Die OECD (vgl. OECDa 2004) weist die deutsche Erwerbsquote im Jahr 2002 mit 71,5 Prozent (Männer: 78,7 Prozent, Frauen: 64,2 Prozent) aus. Bereits heute ist die Erwerbsquote in vielen Ländern wesentlich höher als in Deutschland. Die entsprechenden Quoten belaufen sich für Dänemark auf 79,9 Prozent (Männer: 83,8 Prozent, Frauen: 75,9 Prozent), für Schweden auf 79 Prozent (Männer: 80,9 Prozent, Frauen: 77,1 Prozent) und für die Schweiz auf 81,3 Prozent (Männer: 88,7 Prozent, Frauen: 73,9 Prozent).

Schaubild 4: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Falle unterschiedlicher Produktivitätssteigerungen 2002 bis 2050¹



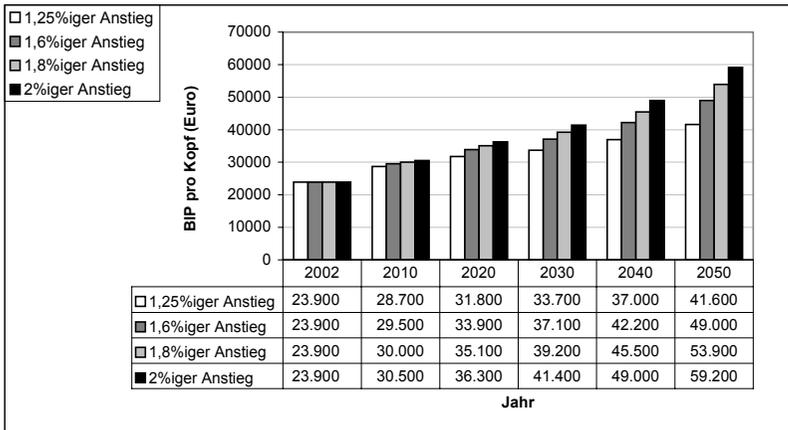
¹Annahmen: ab 2010 70prozentige Erwerbsquote für die 15-65jährigen, davon 10 Prozent erwerbslos

Quelle: eigene Berechnungen

Im zweiten Beispiel wählen wir die variablen Parameter günstiger und gehen zum einen davon aus, dass Deutschland ab 2010 eine Erwerbsquote von insgesamt 80 Prozent aufweist – ein Wert, den Dänemark, die Schweiz und Schweden aktuell schon erreichen und der insbesondere eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit voraussetzt. Zum anderen sei angenommen, dass von den Personen, die dem Arbeitsmarkt als Erwerbstätige zur Verfügung stehen, fünf Prozent keine Arbeit finden, d.h. es wird eine Halbierung der Arbeitslosenquote unterstellt.⁹ Wie aus Schaubild 5 ersichtlich ist, fällt das Pro-Kopf-BIP höher aus als im ersten Beispiel, der Anstieg bis zum Jahr 2050 liegt jetzt zwischen 74 Prozent (1,25prozentiger Anstieg der Arbeitsproduktivität) und fast 150 Prozent (2prozentiger Anstieg).

⁹ Auf die wirtschafts- und insbesondere finanzpolitischen Maßnahmen, die ergriffen werden müssten, um eine höhere Frauenerwerbsquote und einen höheren Beschäftigungsstand zu erreichen, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Eicker-Wolf et al. (2004).

Schaubild 5: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Falle unterschiedlicher Produktivitätssteigerungen 2002 bis 2050¹



¹ Annahmen: ab 2010 80prozentige Erwerbsquote für die 15-65jährigen, davon 5 Prozent erwerbslos

Quelle: eigene Berechnungen

Insgesamt zeigen die hier durchgeführten Berechnungen, dass der demografische Wandel nicht mit Wohlstandseinbußen einhergehen wird. Aber selbst dann, wenn wie in Beispiel zwei ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote gelingt, ist natürlich nicht zu bestreiten, dass die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen steigen werden. Im Bereich der Rentenversicherung wird dies aufgrund der steigenden Zahl der Rentnerinnen und Rentner und der abnehmenden Zahl erwerbstätiger Personen dann der Fall sein, wenn im Umlagesystem ein bestimmtes Rentenniveau gehalten werden soll. Für die öffentlichen Haushalte gilt analog, dass sie durch die steigende Zahl von Pensionärinnen und Pensionären mit steigenden Versorgungsausgaben rechnen müssen. Mit anderen Worten: Selbst durch Produktivitätssteigerungen, einen Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote ist von einer Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung auszugehen. Damit wird die Frage der sogenannten Lohnnebenkosten und ihre Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung berührt.

Die für die Zukunft der Finanzierung der sozialen Sicherung zentrale Frage besteht offenbar darin, ob langfristig weiter steigende Beitragssätze unproblematisch sind, oder ob diese, wie in der gegenwärtigen Debatte um die Lohnnebenkosten unterstellt, ein gravierendes Problem für Wachstum und Beschäftigung darstellen, so dass man nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen muss.

Mit Blick auf die letzten Jahre stellt ein Anstieg der Lohnnebenkosten, verursacht durch steigende Beitragssätze der Sozialversicherungen, kein Problem

für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar – auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist in Abschnitt 2.1 schon eingegangen worden (vgl. Schaubild 1).

Auch von einem durch Lohnnebenkosten verursachten beschäftigungsfeindlichen Lohndruck kann in Deutschland keine Rede sein. Die Lohnpolitik ist seit Mitte der 1990er sehr zurückhaltend, seit 1996 wird der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum (Produktivitätsanstieg zuzüglich Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank) nicht mehr ausgeschöpft. Die sehr moderaten Nominallohnsteigerungen haben die Konsumnachfrage der privaten Haushalte geschwächt und die Bundesrepublik an den Rand einer deflationären Entwicklung gebracht (vgl. Hein et al. 2004a).

Außerdem ist aus kreislauftheoretischer Sicht nicht einsichtig, warum Lohnnebenkosten überhaupt erhebliche negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte zugesprochen werden. Zwar mindern die Sozialbeiträge auf der einen Seite die verfügbaren Einkommen der beitragspflichtigen privaten Haushalte und stellen einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. Auf der anderen Seite wird das erzielte Beitragsaufkommen jedoch entweder direkt für staatliche Käufe von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt oder es wird als Transfer-einkommen an Haushalte mit tendenziell hoher Konsumneigung größtenteils wieder nachfragewirksam (vgl. Hein et al. 2004b: 298 f.).

Ähnliche Überlegungen lassen sich für die steigenden Pensionsausgaben der öffentlichen Hand anstellen. Ein höheres Wachstum und eine angemessene Steuerpolitik ist in der Lage, ausreichende Einnahmen für die zunehmenden Versorgungsausgaben zu mobilisieren – auch für die Versorgungsausgaben gelten die schon aufgezeigten kreislauftheoretischen Überlegungen.

Fazit

Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass zwei wesentlichen Argumente, mit denen in Deutschland zur Zeit Sozialabbau und Lohndrückerei begründet wird, nicht stichhaltig sind.

Der negative Saldo bei den Auslandsinvestitionen ist schon deshalb als Beleg für eine angebliche Standortflucht deutscher Unternehmen ungeeignet, weil der Großteil der grenzüberschreitenden Investitionen nicht auf Basis von Kostenüberlegungen erfolgt. Angesichts der sehr günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten und in Anbetracht von Rekordüberschüssen im Außenhandel kann auch von allgemein zu hohen Lohnkosten in Deutschland nicht ernsthaft die Rede sein: Deutschland ist nicht „Opfer“ der Globalisierung, sondern exportiert mit seinen Überschüssen im Handel mit Waren und Dienstleistungen einen Teil seiner eigenen Arbeitslosigkeit.

Auch das Gespenst einer schrumpfenden und überalternden Bevölkerung verliert seinen Schrecken, wenn man sich vor Augen führt, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität genau wie in der Vergangenheit den Wohlstand pro Kopf der Bevölkerung erhöhen wird. Wie sich dieser Wohlstand in Zukunft

verteilt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob mit Hilfe des vermeintlichen Sachzwangs Demografie sozialstaatliche Regulierungen weiter abgebaut werden.

Literatur

- Gerd Bosbach (2004): Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/2004
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission (Rürup-Kommission), Berlin
- DIW-Wochenbericht 30/1997: Löhne, Wechselkurse und Wettbewerbsfähigkeit
- DIW-Wochenbericht 40/2004: Deutschland ist keine Basarökonomie
- DIW-Wochenbericht 42/2004: Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland: Mangelnder Patriotismus?
- DIW-Wochenbericht 50/2004: Industrieproduktion in Deutschland: Vom Ausland genährter Aufschwung
- Eckhard Hein et al. (2004a): Lohnentwicklung und Deflationsgefahren in Deutschland und Europa, in: PROKLA. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 134/2004
- Eckhard Hein et al. (2004b): WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung - Ein Standortproblem?, in: WSI Mitteilungen 6/2004
- Steffen Kinkel et al. (2002): Auslandsproduktion – Chance oder Risiko für den Produktionsstandort Deutschland?, in: Mitteilungen aus der Produktionsinnovationserhebung 26, August 2002
- Kommission Soziale Sicherheit („Herzog-Kommission“) (2003): Bericht der Kommission „Soziale Sicherheit“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, Berlin
- OECD (2004a): Employment Outlook, Statistical Annex, Paris
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderung im Inland, Berlin
- Margit Schratzenstaller (2004a): Steuerwettbewerb in der erweiterten EU, in: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie/Journal of Economics 2/2004
- Margit Schratzenstaller (2004b): Aktuelle Entwicklungen der Unternehmensbesteuerung im europäischen Kontext, in: WSI Mitteilungen 12/2004
- Anja Schulz, Besser als sein Ruf: Der Standort Deutschland und die Rückkehrer, in: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie/Journal of Economics 2/2004
- Hans-Werner Sinn (2004): Ist Deutschland noch zu retten?, 8. Auflage, Berlin
- Rolf Schmucker (2004): Zwischen „Kostenexplosion“ und „demographischer Zeitbombe“, in: Holger Kindler et al. (Hrsg.), Die Folgen der Agenda 2010, Hamburg
- Bettina Sommer (2003): Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in: Wirtschaft und Statistik 8/2003
- Unctad (2004): World Investment Report, Genf
- ver.di (2003): Mythos Demografie, Berlin